

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereiamt

**Haushaltsjahr 2004
Jahresabschluss**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Be- schlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzaus- schuss	13.07.2005	N	☐ ja ☐ nein ☐ ohne	
Gemeinderat	27.07.2005	Ö	☐ ja ☐ nein ☐ ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderates:

- 1. Der Gemeinderat genehmigt nachträglich die in Anlage 1 aufgeführten über-/außerplanmäßigen Ausgaben.*
- 2. Der Gemeinderat genehmigt die Übertragung der in Anlage 2 aufgeführten Haushaltsmittel in das Haushaltsjahr 2005.*
- 3. Der Gemeinderat stellt die Bildung von Fehlbeträgen und Überträgen ins Folgejahr im Rahmen der Budgetabschlüsse für die einzelnen Ämter fest (Anlage 3).*
- 4. Der Gemeinderat nimmt die Information über den Jahresabschluss 2004 zur Kenntnis.*

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Überschreitungen 2004, die durch den Gemeinderat zu genehmigen sind
A 2	Übertragung von Haushaltsmitteln in das Haushaltsjahr 2005
A 3	Budgetabschlüsse 2004

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Unmittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Ziele des Stadtentwicklungsplans sind nicht betroffen, da es sich nur um nachträgliche, gesetzlich vorgeschriebene Informationen und formale Genehmigungen handelt, die das bereits abgelaufene Haushaltsjahr 2004 betreffen.

2. Mittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes im Sinne eines fachübergreifenden Ansatzes

Nummer/n:
(Codierung)

QU 1

Ziel/e:

Solide Haushaltswirtschaft

Begründung:

Bis zum Jahresende 2004 sind nicht erkennbare unabweisbare Überschreitungen entstanden, die vom Gemeinderat zu genehmigen sind. Die Deckung ist gewährleistet durch entsprechende Minderausgaben oder Mehreinnahmen im Haushaltsjahr 2004.

Begründung:

1. Nachträgliche Genehmigung über-/außerplanmäßiger Ausgaben

Soweit Überschreitungen während des Haushaltsjahres 2004 erkennbar wurden, sind sie den zuständigen Organen zur Genehmigung vorgelegt worden. Die bis zum Rechnungsabschluss noch entstandenen unabweisbaren Überschreitungen, für deren Genehmigung der Gemeinderat zuständig ist, werden mit Deckungsnachweisen und Erläuterungen hiermit vorgelegt (Anlage 1).

Die nachträgliche Genehmigung wird beantragt.

2. Genehmigung der Übertragung von Haushaltsmitteln in das Haushaltsjahr 2005

Nach §19 Absatz 2 GemHVO ist im Verwaltungshaushalt die Übertragbarkeit von Ausgaben möglich. Die Möglichkeit der Übertragbarkeit wird durch einen Haushaltsvermerk i. S. d. § 46 Nr. 11 GemHVO dargestellt.

Die bei den in Anlage 2 aufgeführten Haushaltsstellen noch verfügbaren Mittel sollen als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2005 übertragen werden. Die Gründe hierfür sind in der Anlage 2 jeweils dargelegt.

Die Genehmigung zur Übertragung der entsprechenden Haushaltsreste wird beantragt.

3. Budgetabschlüsse

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden für die einzelnen Ämter Budgetabschlüsse erstellt. Diese Budgetabschlüsse beziehen sich grundsätzlich auf die von den Ämtern beeinflussbaren Ausgabepositionen und – bei Zuschussbudgetierungen – auch auf die beeinflussbaren Einnahmen, wobei in Einzelfällen unterjährige Veränderungen der Rahmenbedingungen berücksichtigt wurden. Die positiven und negativen Budgetabschlüsse (Überträge und Fehlbeträge) sind in Anlage 3 dargestellt. Der Gemeinderat stellt die Bildung der Fehlbeträge und Überträge fest.

4. Information über den Jahresabschluss 2004

Nach der Feststellung der nach 2005 zu übertragenden Haushaltsreste, der Buchung der – in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen – Kalkulatorischen Kosten und Inneren Verrechnungen und der Durchführung der – ergebniswirksamen – Jahresabschlussbuchungen stellt sich das Jahresergebnis 2004 wie folgt dar:

4.1 Verwaltungshaushalt

4.1.1 Einnahmen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grundsteuer A und B	20,314	20,531	+0,217

Bei unveränderten Hebesätzen führten Mehreinnahmen bei der Grundsteuer B durch einen Anstieg der Zahl der steuerpflichtigen Objekte zur Überschreitung des Planansatzes.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuer	51,500	45,372	-6,128

Auch in diesem Jahr war die negative Entwicklung der Einnahmen bei der Gewerbesteuer wesentliches Thema in allen Berichten über den Verlauf der Haushaltswirtschaft. Die Mindereinnahmen resultieren in der Hauptsache aus zwei Einzelfallentwicklungen mit allein 4,4 Mio. €. Der Restbetrag ergibt sich aus einer Vielzahl von Minderungen bedingt durch die ungünstige konjunkturelle Lage.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	50,300	47,427	-2,873

Der ursprünglich mit dem Haushaltserlass prognostizierte **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** von 3,65 Mrd. € wurde bereits mit der November-Steuerschätzung 2003 auf 3,55 Mrd. € reduziert. Eine weitere Korrektur auf 3,45 Mrd. € erfolgte im Januar 2004 aufgrund des Vorziehens der 3. Stufe der Steuerreform durch den Bund. Nach der Endabrechnung für 2004 belief sich der Einkommensteueranteil der Gemeinden in Baden-Württemberg auf 3,329 Mrd. €. Das Rechnungsergebnis 2004 enthält neben den Abschlagszahlungen für 2004 auch die Restzahlung für 2003.

Der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**, ursprünglich prognostiziert mit 400 Mio. €, unterjährig korrigiert auf 390 Mio. €, belief sich in der Endabrechnung für 2004 auf 387,4 Mio. €.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen nach FAG inkl. Familienleistungsausgleich	54,090	55,052	+0,962

Basis für die Bildung des Haushaltsansatzes 2004 bei den Schlüsselzuweisungen vom Land waren die Eckdaten aus dem Haushaltserlass des Landes bzw. die Korrekturen dieser durch die November-Steuerschätzung. Im Ergebnis wurden die Eckdaten erreicht bzw. sogar knapp überschritten. Im Rechnungsergebnis enthalten sind auch Zahlungen durch nachträgliche Korrekturen der Einwohnerzahlen für die Jahre 2002 und 2003, sodass der Ansatz der Zuweisungen nach dem FAG um rd. 1 Mio. € überschritten werden konnte.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grunderwerbsteuer	7,200	5,987	-1,213

Der Ansatz im Haushaltsplan wurde auf der Basis der Ergebnisse der Vorjahre gebildet. Bei dieser Steuer ist keine Kontinuität gewährleistet; der Ansatz konnte in 2004 nicht erreicht werden. Dies war zur Jahresmitte erkennbar und ist entsprechend in die Berichte über den Verlauf der Haushaltswirtschaft eingeflossen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gebühren und ähnliche Entgelte	64,993	61,561	-3,432

Durch den rückwirkenden Übergang der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG zum 1.1.2004 entfielen dort veranschlagte Einnahmen in Höhe von 1,2 Mio. €. Weitere Mindereinnahmen entstanden insbesondere bei den Abwasser- und Bestattungsgebühren sowie den Gastspieleinnahmen des Theaters.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erstattungen, Verrechnungen, Kalkulatorische Einnahmen	83,313	79,910	-3,403

Mindereinnahmen entstanden bei den Kalkulatorischen Einnahmen in folge des Übergangs der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG sowie bei den Erstattungen des Rhein-Neckar-Kreises und der Stadt Mannheim für die Kompostierung.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Jahresabschlüsse	1,529	8,905	+7,376

Vereinnahmung der positiven Überträge aus 2003 und Buchung der in 2004 entstandenen Fehlbeträge (siehe hierzu auch unter 3. Budgetabschlüsse).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Einnahmen	70,158	70,112	-0,046

Zahlreiche Abweichungen von den Planansätzen gleichen sich innerhalb der Summe aller Sonstigen Einnahmen wieder aus.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Einnahmen insgesamt	403,397	394,857	-8,540

4.1.2 Ausgaben

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Personalausgaben	107,735	105,102	-2,633

Die Minderausgaben sind zum einen Folge der Übertragung der Bäder an die Stadtwerke Heidelberg AG sowie der Eingliederung des Kulturservice in die HKT GmbH. Daneben wurden durch konsequente Ausschöpfung aller Rationalisierungs- und Optimierungsmöglichkeiten die Globale Minderausgabe und Haushaltssperre erwirtschaftet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Unterhaltung der Grundstücke, baulichen Anlagen etc.	14,399	12,062	-2,337

Ursache für die Minderausgaben sind die Erwirtschaftung der Globalen Minderausgabe und Haushaltssperre mit Erhöhung sowie die Restriktionen in der Auftragsvergabe im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Sicherung der Haushaltsentwicklung 2004.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	60,235	56,277	-3,958

Ursache für die Minderausgaben sind – wie bei den Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke – die Erwirtschaftung der Globalen Minderausgabe und Haushaltssperre mit Erhöhung sowie die Restriktionen in der Auftragsvergabe im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Sicherung der Haushaltsentwicklung 2004.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erstattungen, Verrechnungen, Kalkulatorische Kosten	79,948	77,388	-2,560

Mindereinnahmen entstanden überwiegend bei den Kalkulatorischen Ausgaben in Folge des Übergangs der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse	28,086	29,399	+1,313

Im Gegensatz zu den Personal- und Sachausgaben wurden die Zuweisungen und Zuschüsse nicht mit einer Haushaltssperre belegt. Für sie galt nur der Teilbetrag von 60.000 € im Rahmen der Globalen Minderausgabe. Die Mehrausgaben wurden verursacht durch die Weiterleitung der im Haushaltsplan für die Bäder vorgesehenen Mittel an die Stadtwerke Heidelberg AG (über den Zuschuss an die HVV). Daneben entstand ein Mehraufwand aufgrund der Regelungen der örtlichen Vereinbarung und der geänderten Landesgesetzgebung im Bereich der Zuschüsse für Kinderbetreuungseinrichtungen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Leistungen der Sozialhilfe u.ä.	39,543	39,320	-0,223

Minderausgaben von rd. 0,4 Mio. € ergaben sich bei der **Jugendhilfe**. Hier wurde der eingeschlagene Weg (Umbau-/Optimierung der Hilfearten; ganzheitliches Fallmanagement) konsequent fortgesetzt; die eingesparten Mittel werden zum Großteil wieder in präventive Maßnahmen reinvestiert.

Insbesondere eine rückläufige Entwicklung der Fallzahlen führte zu Minderausgaben von rd. 0,87 Mio. € bei den **Leistungen für ausländische Flüchtlinge**.

Bei den Leistungen für **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen** machte sich die Fallzahlensteigerung von 800 auf 907 mit Mehrausgaben von rd. 0,7 Mio. € bemerkbar. Hier wurden die bisherigen Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt durch Erreichen der Altersgrenze zu Empfängern von Grundsicherungsleistungen.

Bei den „reinen“ **Sozialhilfeausgaben** entstanden Mehrausgaben von rd. 0,3 Mio. €. In folge der bevorstehenden Gesetzesänderungen zum 1.1.2005 (Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe; Hartz IV) wurde in 2004 auf eine zeitnahe Abrechnung insbesondere der Krankenhilfe geachtet; in den Vorjahren erfolgte dies überwiegend im I. Quartal des Folgejahres.

Insgesamt blieben die Ausgaben für Leistungen der Sozialhilfe u.ä. um rund 0,2 Mio. € unter den Planansätzen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuerumlage, sonstige allgemeine Umlagen	64,838	59,198	-5,640

Die Minderausgaben sind überwiegend auf eine geringere **Gewerbsteuerumlage** zurückzuführen. Bei Planaufstellung wurde noch von einem Vervielfältiger von 118 v.H. ausgegangen. Dieser wurde vom Bund deutlich reduziert (auf 82 v.H.), da sich die mit Änderung der Unternehmensbesteuerung angenommenen Mehreinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer nicht realisierten. Das Rechnungsergebnis enthält neben den Abschlagszahlungen für 2004 auch die Nachzahlung für 2003. Insgesamt entsteht aus den tatsächlichen Gewerbesteuerereinnahmen 2004 eine Nachzahlung, die bereits im Haushaltsjahr 2005 geleistet wurde.

Der Umlagesatz für die **Landeswohlfahrtsumlage** belief sich auf 11,84 %; der zu zahlende Betrag auf 17,8 Mio. €.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Jahresabschlüsse	0	7,624	+7,624

Verbuchung der Fehlbeträge aus 2003 und Übertragung der positiven Budgetergebnisse nach 2005 (siehe hierzu auch unter 3. Budgetabschlüsse).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Ausgaben	6,945	5,704	-1,241

Minderausgaben bei den Zinsen infolge des Übergangs der Bäder bei gleichzeitiger Übertragung des Grundvermögens und der Verbindlichkeiten in Höhe von 21,44 Mio. € führten zu der Abweichung bei den Sonstigen Ausgaben.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuführung zum Vermögenshaushalt	3,127	2,783	-0,344

Durch den Übergang der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG hat sich in der Folge auch die Mindestzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung und der Kreditbeschaffungskosten auf 2,745 Mio. € verringert. Die erwirtschaftete Zuführung liegt somit knapp darüber. Möglich war dies nur durch die Umsetzung der Maßnahmen zur Sicherung der Haushaltswirtschaft.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Globale Minderausgabe	-1,460	0,0	+1,460

Die Globale Minderausgabe wurde in den einzelnen Gruppierungen (Personalausgaben, Sachausgaben, Zuschüsse) erwirtschaftet.

Ausgaben insgesamt	403,397	394,857	-8,540
---------------------------	----------------	----------------	---------------

4.2 Vermögenshaushalt

4.2.1 Volumen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
	64,800	49,499	-15,301

Auch im Berichtsjahr blieben die Ausgaben des Vermögenshaushalts deutlich unter den Planansätzen. Sie liegen damit im Trend der vergangenen Jahre.

4.2.2 ausgewählte Einnahmen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	3,127	2,783	-0,344

Vgl. hierzu Erläuterungen zur Zuführung an den Vermögenshaushalt (im Verwaltungshaushalt).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Einnahmen aus Krediten (ohne Umschuldungen)	13,044	12,912	-0,132

In 2004 wurden Kredite i.H.v. 16,8 Mio. € neu aufgenommen; hierfür stand neben dem Ansatz im Haushaltsplan aus dem Vorjahr noch ein Haushaltseinnahmerest in Höhe von 12,2 Mio. € zur Verfügung. Auf Basis der Kreditermächtigung 2004 wurde ein Haushaltseinnahmerest i.H.v. 8,3 Mio. € nach 2005 übertragen. Unter Berücksichtigung der Tilgungen und der Abgänge im Zusammenhang mit der Übertragung der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG reduzierte sich der Schuldenstand zum 31.12.2004 von 131,541 Mio. € auf 124,326 Mio. €. Dies entspricht 871 €/Einwohner.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	13,300	10,231	-3,069

Die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage war insbesondere wegen der Entwicklung bei den Baumaßnahmen nicht in der veranschlagten Höhe erforderlich. Die nicht benötigten Mittel stehen somit 2005 ff. zusätzlich für die Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Der Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 31.12.2004 beläuft sich auf 14,3 Mio. € und liegt damit noch immer über der Mindestrücklage mit rund 8 Mio. €.

4.2.3 ausgewählte Ausgaben

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Baumaßnahmen	34,456	22,931	-11,525

Der Planansatz wurde deutlich unterschritten. Das Ergebnis 2004 lag auch unter dem Ergebnis 2003 mit 36,941 Mio. €. Zu deutlichen Minderausgaben kam es bei den Maßnahmen Generalsanierung Schwimmbad Hasenleiser (Übertragung an SWH), Altes Hallenbad und Kanal B3 Brückenstraße bis Hans-Thoma-Platz.

4.3 Zusammenfassung

Der Gemeinderat hatte am 18.12.2003 den Haushalt 2004 mit einem Volumen von 403 Mio. € im Verwaltungshaushalt und 65 Mio. € im Vermögenshaushalt beschlossen. Die Haushaltsplanaufstellung war geprägt von den Auswirkungen sinkender Einnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen des Landes. Um die gesetzliche Mindestzuführung zu erreichen mussten bei der Planaufstellung folgende Finanzziele zugrunde gelegt werden:

- Ausgleich der Besoldungs-/Vergütungs-/Lohnerhöhung 2004 bei gleichzeitiger Reduzierung des Personalausgabeansatzes um 1 %
- Reduzierung der Sachausgabeansätze gegenüber den Vorjahresansätzen um 4,5 %
- Kürzung der Ansätze bei der Bauunterhaltung um 1,5 Mio. €
- Reduzierung der Ansätze bei den vertraglich nicht gebundenen Zuweisungen und Zuschüsse um 5%, in Einzelfällen um 8 % bzw. 10 %
- Konsolidierungsbeitrag der städtischen Gesellschaften

Nach der Steuerschätzung vom November 2003 mussten die Einnahmeansätze um weitere 2,25 Mio. € nach unten korrigiert werden. Dieser Ausgleich erfolgte insbesondere durch die Erhöhung der Globalen Minderausgabe auf 1,46 Mio. €.

Zur Sicherung der Haushaltswirtschaft wurde eine Haushaltssperre in Höhe von 1 Mio. € bei Personal- und Sachausgaben beschlossen.

Im Verlauf des Haushaltsjahres – bereits mit dem ersten Bericht zur Haushaltsentwicklung zum 31.3.2004 – musste über weiter sinkende Einnahmen bei der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten berichtet werden.

Absehbar war, dass zum Ausgleich keine entsprechenden Minderausgaben herangezogen werden konnten, sodass es notwendig wurde, in Abstimmung mit dem Gemeinderat Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs zu ergreifen. Diese waren:

- Beibehaltung der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssperre
- Erhöhung der Haushaltssperre bei den Sachausgaben (Gruppierung 50 bis 66); im Ergebnis wurde die vom Gemeinderat beschlossene Haushaltssperre verdoppelt
- Herausnahme der nicht durch Maßnahmen/Projekte gebundenen Budgetüberträge aus der Bewirtschaftung
- Auflösung der Rückstellung für die Gebäudeunterhaltung
- Beibehaltung der Bewirtschaftungssperre von 20 % bis zum Jahresende

Nur durch die konsequente Umsetzung der Maßnahmen war es möglich, zum Jahresende 2004 eine Zuführung an den Vermögenshaushalt zu erwirtschaften, die über der Mindestzuführung lag.

gez.
In Vertretung

Prof. Dr. von der Malsburg